



Bereich: Finanzen  
Az: 20  
Datum: 17.08.2007

**2007/233**  
**öffentlich**

## Sitzungsvorlage

| Beratungsfolge             | Datum      | TOP-Nr. |
|----------------------------|------------|---------|
| Haupt- und Finanzausschuss | 04.09.2007 |         |
| Rat der Stadt              | 06.09.2007 |         |

### Betreff

**Finanzcontrolling: Unternehmensbericht August 2007**

Finanzielle Auswirkungen

☒ keine haushaltsmäßige Berührung

☐ Auswirkungen siehe Sachverhalt

### Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt nimmt den Unternehmensbericht August 2007 zur Kenntnis.

Beisenherz

Tesch

## Sachverhalt

Der Unternehmensbericht prognostiziert

für den **Verwaltungshaushalt**    **Budgetverbesserungen** von **rd. 154 T€** und  
für den **Vermögenshaushalt**    **Budgetverschlechterungen** von **rd. 59 T€**.

Die Prognosen für das Allgemeine Finanzbudget und die einzelnen Betriebe fallen zum Controllingstichtag sehr unterschiedlich aus. Während das Allgemeine Finanzbudget eine deutliche Verbesserung im Verwaltungshaushalt ausweist, verläuft hier die Entwicklung der Finanzen in den Betrieben sehr unterschiedlich. Während die Unternehmenszentrale und der Betrieb 1 noch Verbesserungen erwirtschaften können, fallen die Prognosen für die Betriebe 2 und 3 mit deutlichen Verschlechterungen aus. Die Prognose für den Verwaltungshaushalt ist auch zu diesem Zeitpunkt des Finanzcontrollings noch mit Risiken behaftet (siehe hierzu entsprechende Ausführungen zu den Steuereinnahmen). Die weitere Haushaltsentwicklung bleibt abzuwarten.

### *Verwaltungshaushalt*

Die Prognose für das **Allgemeine Finanzbudget** weist für den **Verwaltungshaushalt** eine **Verbesserung** von **rd. 1.114 T€** aus. Ursachen hierfür sind insbesondere Verbesserungen von rd. 2.299 T€ durch Mehreinnahmen bei der Kompensationsleistung des Landes und den sonstigen örtlichen Steuereinnahmen (insb. Einkommensteuer) sowie durch Minderausgaben bei der Kreis-/ÖPNV-Umlage und den Kreditzinsen. Demgegenüber stehen Verschlechterungen von rd. 1.185 T€ durch Mehrausgaben für Zuschüsse Beteiligungen, Abrechnung Steuerverbund aus Vorjahren und Zinsen Kassenkredite sowie durch Mindereinnahmen aus Konzessionsabgaben, Dividenden und Schlüsselzuweisungen.

Die Einnahmen aus dem örtlichen Anteil an der Einkommensteuer haben sich gegenüber den Haushaltsplanungen bisher sehr positiv entwickelt. Zur Zeit sind die Einnahmen aus dem 1. und 2. Quartal 2007 eingegangen. Sobald die Zahlung für das 3. Quartal (Ende Oktober 2007) vorliegt, sind die Gesamteinnahmen für 2007 gesichert, da für das 4. Quartal 2007 (Ende Dezember 2007) Einnahmen in Höhe des 3. Quartal 2007 geleistet werden. Zum nächsten Finanzcontrolling (November 2007) können dann endgültige Angaben zur Aufkommenshöhe der Einkommensteuer gemacht werden.

Die Verwaltung hat – wie bereits angekündigt – auch verschiedene Maßnahmen im Derivatbereich durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen. Nachstehend möchte die Verwaltung einen Zwischenbericht abgeben:

Die Berechtigung zum Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten basiert auf der in Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz enthaltenen kommunalen Selbstverwaltungsgarantie sowie auf landesgesetzlichen Ermächtigungen zur Aufnahme und zur Umschuldung von Krediten und Kassenkrediten mit allen für diese Finanzinstrumente erforderlichen Modalitäten, den Grundsätzen der Einnahmebeschaffung und der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit kommunalen Handelns.

Ziele eines Derivateinsatzes im Zins- und Schuldenmanagement der Stadt Castrop-Rauxel sind

- die sparsame und/oder wirtschaftliche Gestaltung bestehender oder künftig abzuschließender Verbindlichkeiten,
- die Verminderung bestehender Zinsausgaben sowie die Sicherung von Zinskonditionen auch für die Zukunft,
- die Begrenzung und Steuerung von Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken,
- die Optimierung und Ausrichtung des Schuldenportfolios auf die individuelle Risikoträgfähigkeit bzw. die Umsetzung der individuellen Risikostrategie der Stadt Castrop-Rauxel.

Finanzderivate sind so einzusetzen, dass auch bei unvorhergesehenen wirtschaftlichen Entwicklungen, insbesondere einem Abweichen der tatsächlichen von der erwarteten Zinsentwicklung, die Ziele des Zins- und Schuldenmanagements nicht ernsthaft beeinträchtigt und der Haushalt keinen untragbaren Risiken ausgesetzt wird.

Der Abschluss von Derivaten im Zins- und Schuldenmanagement ist ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Er bedarf keines Beschlusses des Rates der Stadt. Aufgrund der Sitzungsvorlage 2006/138 „Gesamtbudget und Haushaltssatzung 2006/2007 nebst Anlagen“ hat der Rat am 24.05.2006 von Maßnahmen des Zins- und Schuldenmanagements mit derivaten Produkten zustimmend Kenntnis genommen. Entsprechend der Geschäftsverteilung ist das Zins- und Schuldenmanagement dem Bereich Finanzen zugewiesen. Über Abschluss von Derivatgeschäften entscheidet die Kämmerin im Benehmen mit dem Bürgermeister. Dem Haupt- und Finanzausschuss (zuständiger Fachausschuss für das Allgemeine Finanzbudget) wird im Rahmen des regelmäßigen unterjährigen Finanzcontrollings über Bestand, Bestandsentwicklung bzw. Ergebnis der abgeschlossenen Finanzderivate berichtet. Der Einsatz von Finanzderivaten ist weder Kreditaufnahme noch kreditähnliches Rechtsgeschäft und bedarf daher grundsätzlich nicht der Genehmigung durch die Rechtsaufsicht.

Die ersten Derivatgeschäfte sind zwischenzeitlich erfolgreich beendet worden. Im Zusammenhang mit der notwendigen Aufnahme von Kassenkrediten in Höhe von 20 Mio. € wurden zwei Produkte der Westdeutschen Landesbank Münster und der Deutschen Bank genutzt, um Zinsverbilligungen zu erzielen. Während der Laufzeit von jeweils sechs Monaten (Mai bis November 2006 sowie anschließend erneut November 2006 bis Mai 2007) konnten hier Einnahmen von 51.111,11 EUR bzw. 12.569,44 EUR und 51.666,67 EUR bzw. 12.638,56 EUR erwirtschaftet werden. Auf Grund der derzeitigen Marktsituation und Einschätzung der weiteren Entwicklung werden diese Produkte zur Zeit nicht mehr genutzt.

Im August 2006 wurde ein Kassenkredit in einer Fremdwährung, und zwar in Schweizer Franken (CHF) mit einer Laufzeit von einem Jahr aufgenommen, da die Zinssätze für CHF-Kredite deutlich – vergleichbarer EUR-Kredit = 3,563 % - unterhalb des Zinsniveaus von EUR-Krediten lagen. Unter Zugrundelegung des damaligen Währungskurses EUR/CHF von 1,0000/1,5817 belief sich der Betrag des Kassenkredites auf 9.989.252,07 EUR/15.800.000 CHF. Bei vereinbarten 2,04 % Zinsen waren am 15.08.2007 folgende Beträge zurückzuzahlen:

|              |                   |
|--------------|-------------------|
| Kassenkredit | 15.800.000,00 CHF |
| Zinsen       | 326.796,67 CHF    |
| Insgesamt:   | 16.126.796,67 CHF |

In den letzten Wochen ergab die Marktbeobachtung, dass sich der Kurs EUR/CHF erheblich veränderte. Am 26.04.2007 betrug der Kurs EUR/CHF 1,0000/1,6343 (gegenüber 1,0000/1,5817 im August 2006 bei Vertragsabschluss). Auf Grund der günstigen

Entwicklung wurde die Entscheidung getroffen, bereits vorzeitig die erforderlichen Schweizer Franken für die Rückzahlung des Kredit-/Zinsbetrages am 15.08.2007 zu kaufen. Mögliche Kursverluste zum Fälligkeitstag können somit ausgeschlossen werden. Der Kursgewinn beläuft sich auf insgesamt 328.154,20 EUR.

Zusätzlich ergibt sich eine Zinsersparnis gegenüber einem vergleichbaren EUR-Kredit von 149.249,31 EUR.

Die gewonnenen Zinsvorteile und Kursgewinne aus diesen Vereinbarungen werden zunächst in voller Höhe einer Rücklage zugeführt, um künftige mögliche Risiken bei Abschluss weiterer Derivatgeschäfte absichern zu können (Maßnahme zur Risikovor-sorge). Damit wird den Vorgaben des Innenministeriums NRW ausreichend Rechnung getragen.

Bestand der Rücklage Derivatgeschäfte: 605.389,29 EUR

Über die Verfügbarkeit dieser Mittel für Zwecke des Haushaltes wird dann zu gegebener Zeit entschieden.

Der Einsatz von Finanzderivaten erfordert eine nachhaltige und intensive Beobachtung der Zins-, Geld- und Kapitalmärkte. Die Verwaltung sieht auf Grund der Komplexität des Themas „Zins- und Schuldenmanagement“ einen Beratungsbedarf durch spezialisierte Fachunternehmen. Dies entspricht auch einer Empfehlung des Innenministeriums NRW. Die Verwaltung verwendet zur Marktbeobachtung und –analyse grundsätzlich die zumeist kostenfreie Fachberatung durch verschiedene Banken/Kreditinstitute. Die Deutsche Bank wurde im Februar 2007 kostenpflichtig beauftragt, zunächst einmalig eine Bewertung und Risikoanalyse des bestehenden Kreditportfolios der Stadt Castrop-Rauxel zu erarbeiten und Handlungsempfehlungen für Zinssicherungs- bzw. Optimierungsmaßnahmen vorzuschlagen. Der Ergebnisbericht vom 26.06.2007 liegt vor. Vorschlag für bestehende bzw. neu aufzunehmende Kommunaldarlehen oder Kassenkredite: Zinssicherungsmaßnahmen durch vorzeitige oder längerfristige Zinsfestschreibungen aufgrund der derzeit noch flachen Zinsstruktur mit geringen Forward- und Laufzeitaufschlägen. Entscheidungen über das weitere Vorgehen sind in nächster Zeit zu treffen. Über das Ergebnis wird die Verwaltung berichten.

Der **Verwaltungshaushalt** für die **Unternehmenszentrale** weist eine **Verbesserung** von **rd. 234 T€** aus. Diese Prognose geht aus von Mehreinnahmen bei Erstattungen von GKD-Umlagen und sonstigen Finanzeinnahmen sowie von Minderausgaben bei Erstattungsleistungen an den EUV.

Der **Betrieb 1** prognostiziert eine **Verbesserung** von **rd. 174 T€**. Ursachen hierfür sind Verbesserungen von rd. 544 T€ durch Mehreinnahmen aus Umsatzsteuererstattungen im Bäderbereich sowie Minderausgaben für lfd. Hilfen für Asylbewerber, Mietzahlungen Übergangswohnheime, Kurse/Veranstaltungen sowie Verrechnungen mit dem Land und bei den Zuschüssen für Pachtkosten/Jugendarbeit Sportvereine. Verschlechterungen von rd. 370 T€ ergeben sich aus Mehrausgaben für Krankenhilfekosten Asylbewerber sowie durch Mindereinnahmen bei den Erstattungsleistungen Land für Asylbewerber und Benutzungsgebühren.

Im **Betrieb 2** ergibt sich eine **Verschlechterung** von **rd. 897 T€**. Diese Prognose geht aus von Verschlechterungen von rd. 1.583 T€ durch Mehrausgaben für Betriebskosten-

nachzahlungen Schule Oberwiese und bei den Hilfen zur Erziehung sowie durch Mindereinnahmen bei den Betriebskostenzuschüssen Land für Kindergärten bzw. Defizit-ausgleich Elternbeiträge. Verbesserungen von rd. 686 T€ treten ein durch Mehreinnahmen bei den Personalkostenerstattungen ARGE u. a. sowie durch Minderausgaben bei den Schülerfahrtkosten.

Der **Betrieb 3** meldet **Verschlechterungen** von **rd. 471 T€** im **Verwaltungshaushalt** durch Mehrausgaben für die Bauunterhaltung, Gebühren für Reinigung und Entwässerung Straßen sowie Mindereinnahmen bei den Baugebühren, Verwaltungsgebühren/Landeserstattungen Fehlbelegerabgabe und Ablösebeitrages des Landschaftsverbandes für die Straßenentwässerung. Demgegenüber stehen Verbesserungen durch Minderausgaben bei den Geschäftskosten und Schadstoffbeseitigung Parkbad Nord sowie Mehreinnahmen bei den Zwangs- und Bußgeldern Bauaufsicht.

## ***Vermögenshaushalt***

Im **Vermögenshaushalt** des **Allgemeinen Finanzbudgets** ergeben sich **Verschlechterungen** von **rd. 123 T€** durch Mehrausgaben in Höhe von rd. 137 T€ bei der Beteiligung an der Krankenhausfinanzierung. Demgegenüber stehen Minderausgaben von 14 T€ bei Renten aus Grundstückskäufen.

Die **Unternehmenszentrale** meldet eine **Verbesserung** von **rd. 35 T€** durch Minderausgaben bei Erschließungsmaßnahmen.

Für den **Vermögenshaushalt** der **Betriebe 1 und 2** ergeben sich derzeit keine Veränderungen.

Im **Betrieb 3** sind verschiedene Veränderungen durch Mehr- oder Minderausgaben eingetreten, die insgesamt zu einer **Verbesserung** von **rd. 28 T€** führen. Die Einzelmaßnahmen sind in der Anlage aufgelistet.

## ***Anlage***